

Exzellenz statt Chancengerechtigkeit? : Neuausrichtung der Bildungspolitik in der Schweiz

Autor(en): **Polito, Véronique**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik**

Band (Jahr): **32 (2013)**

Heft 63

PDF erstellt am: **26.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-652187>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Exzellenz statt Chancengerechtigkeit?

Neuausrichtung der Bildungspolitik in der Schweiz

Wie in allen Industrieländern wurde das Bildungswesen in der Schweiz in den letzten Jahrzehnten stark ausgebaut. Im Jahr 2009 flossen mehr als 16 Prozent der Ausgaben der öffentlichen Hand – das heisst 30 Milliarden Franken – in die Bildung. Damit sind die öffentlichen Bildungsausgaben im Vergleich zum Jahr 1990 um 40 Prozent gestiegen.¹ Rechnet man die Ausgaben für Forschung mit ein, flossen 2009 zusätzlich etwa 4,5 Milliarden in diesen Bereich.² Die Ausgaben für das Bildungswesen sind nach denjenigen für das System sozialer Sicherung die zweithöchsten innerhalb des Service Public.

Die grossen Anstrengungen der öffentlichen Hand scheinen nicht vergebens zu sein. Das Bildungssystem der Schweiz gilt heute nicht nur im Inland, sondern auch über die Grenzen hinaus als beispielhaft. Der Erfolg lässt sich unter anderem am Wettbewerb um EU-Fördergelder für renommierte Forschungsprojekte belegen. Auf dem Gebiet der neuen und zukünftigen Technologien errang die Schweiz kürzlich Spitzenplätze für sogenannte Flaggschiff-Projekte: In der Endauswahl waren an fünf von sechs Projekten Forschungsgruppen der beiden ETH beteiligt, an drei davon führend.³ Schweizer ForscherInnen holen im internationalen Vergleich überdurchschnittlich viel Fördergeld. Die Schweiz hat denn auch die Weiterführung ihrer Beteiligung an den EU-Forschungsprogrammen mit dem guten «return of investment» begründet und wird bis ins Jahr 2020 noch 4,7 Milliarden Franken in sie investieren.

Das Berufsbildungssystem weckt ebenfalls immer mehr Interesse in Europa. Die internationale Krise mit den rekordhohen Jugendarbeitslosenquoten in Frankreich und in den Ländern Südeuropas haben die duale Berufsbildung, wie sie in der Schweiz und in wenigen europäischen Staaten existiert, ins Rampenlicht gerückt.⁴ Im europäischen Vergleich schneidet die Schweiz sehr gut ab: Der Anteil Jugendlicher ohne nachobligatorische Ausbildung ist hier am kleinsten.⁵ Die Jugendarbeitslosigkeit liegt mit ca. 6 Prozent fast 10 Prozentpunkte unter dem Durchschnitt der OECD-Länder.⁶ Das ist einerseits auf die gute Wirtschaftslage, andererseits auf das gut ausgebaute und arbeitsmarktorientierte Berufsbildungssystem zurückzuführen. Der Ausbau des Lehrstellenmarkts im letzten Jahrzehnt

und die Weiterentwicklung der Berufsfelder haben dazu beigetragen, das Problem der Jugendbeschäftigung der Neunzigerjahre zu entschärfen. Dadurch wurde die wirtschaftliche und gesellschaftliche Integrationskraft des Bildungssystems in der Schweiz verstärkt.

Neuausrichtung der bildungspolitischen Schwerpunkte

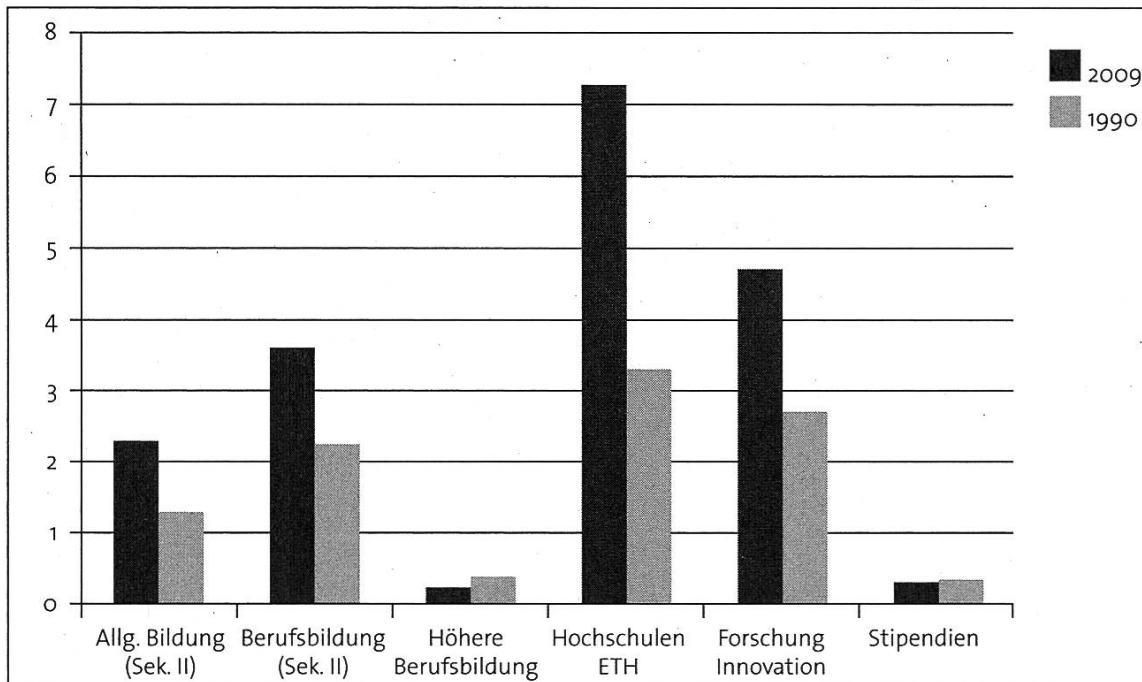
Die Bildungsexpansion der letzten zwanzig Jahre ist insgesamt sehr positiv zu bewerten. «Mehr Bildung» ist aber kein Credo an sich und führt nicht unbedingt zu mehr Wohlstand. Eine neue Studie der Internationalen Arbeitsorganisation zieht eine alarmierende Bilanz zur Jugendbeschäftigung.⁷ Im EU-Raum sind der gute Bildungsstand und die hohe Tertiärabschlussquote der jungen Generationen keine Garantie für eine erfolgreiche Eingliederung in den Arbeitsmarkt. Der Graben zwischen den Qualifikationen der Jungen und den tatsächlichen Beschäftigungsmöglichkeiten hat sich in vielen Ländern seit 2002 geweitet: Die jungen Stellensuchenden sind oft überqualifiziert und gezwungen, Angebote anzunehmen, für die ein tieferes Ausbildungsniveau genügt hätte. Dies wiederum verschlechtert die Möglichkeiten der wenig qualifizierten Jugendlichen auf dem Arbeitsmarkt.

Die Schweiz blieb bislang vom Phänomen der Überqualifizierung noch verschont. Die stark differenzierte Bildungslandschaft, die ständig weiterentwickelte Berufsbildung und die zunehmende Durchlässigkeit der Ausbildungsgänge ermöglichten es, die Kompetenzen der jungen Erwachsenen an die Beschäftigungsstruktur anzunähern. Die Schweiz ist jedoch vom internationalen Trend zur Akademisierung nicht ausgenommen. Der Bildungsstand spielt in der gesellschaftlichen Wahrnehmung eine immer bedeutendere Rolle. Genossen vor dreissig Jahren viele gewerbliche Berufe gesellschaftliche Anerkennung, bringen heute – insbesondere in städtischen Gebieten – erst ein Ingenieur-, Medizin- oder ein Jusstudium Ansehen.

Diese gesellschaftliche Tendenz spiegelt sich in der Prioritätensetzung der Bildungspolitik wider. Die Entwicklung der öffentlichen Ausgaben zwischen den Jahren 1990 und 2009 geht in Richtung einer klaren Verschiebung der Mittel hin zum Hochschulwesen bzw. zur Forschung (siehe Grafik 1). Angesichts der im gleichen Zeitraum stark gestiegenen Anzahl Studierender ist diese Zunahme im Hochschulbereich nicht besonders überraschend und zum Teil mit der Einführung der Fachhochschulen und der Berufsmaturität erklärbar. Hingegen ist der rasche Anstieg der Forschungsgelder⁸ ein Zeichen einer neuen Prioritätensetzung: Tendenziell wird weniger in reine Bildungstätigkeiten und vermehrt in Forschungs- und Innovationstätigkeiten investiert. In den Hochschulen wirkt sich diese Entwicklung in einer Verschiebung der Beschäftigungsstruktur von der

Lehre zur Forschung aus. An den Fachhochschulen ist zwischen den Jahren 2000 und 2011 der Anteil des Forschungspersonals um das Sechsfache gestiegen, der des Lehrpersonals um den weitaus geringeren Faktor 2,5. An den Universitäten ist trotz bereits ausgebauter Forschungstätigkeit der Anteil des Personals für die Forschung in den letzten zehn Jahren weiter um 47 Prozent gestiegen, für die Lehre hingegen nur um 16 Prozent.⁹

Grafik 1: Öffentliche Ausgaben nach Bildungsstufe (in Milliarden Franken)



Quelle: Bundesamt für Statistik und Eidgenössische Finanzverwaltung (eigene Berechnungen)

Berufslehre unter Druck

Der Ausbau des Hochschulwesens hat sich in zweifacher Weise auf die Berufsbildung ausgewirkt. Einerseits öffnete sich für Berufslernende dank der Berufsmaturität der Weg zu den Hochschulen (hauptsächlich über die Fachhochschulen), was zu einer starken Aufwertung der Berufslehre geführt hat. Andererseits setzt der anhaltende Trend nach «höherer Bildung» die duale Lehre unter Druck und führt zu einem Konkurrenzkampf zwischen berufsbezogenen und allgemeinbildenden Ausbildungsgängen (Gymnasien, Fachmittelschulen).

Diese Konkurrenzsituation findet mindestens auf zwei Ebenen Ausdruck:

- In den Fachhochschulen (FH) haben sich die praktische Ausrichtung sowie die Verwurzelung in der Berufsbildung gelockert. Ursprünglich war die Berufsmaturität der Königsweg zur Fachhochschule; heute wird weniger als die Hälfte der Studierenden über diesen Weg zum Studium

zugelassen. Die meisten StudentInnen gelangen also mittlerweile ohne Berufslehre zur Fachhochschule. Auch das Lehrpersonal der FH kommt immer weniger aus der Berufspraxis. Die stärkere Ausrichtung der Fachhochschulen auf die Forschung – in Angleichung zur Universität – hat dazu geführt, dass das Personal der FH vermehrt über eine akademische Laufbahn und Forschungserfahrung verfügt.

- Die Höheren Fachschulen (HF) sind heute im Berufsbildungswesen angesiedelt. Die HF sind sehr stark berufsbezogen und bieten Ausbildungsgänge auf der Tertiärstufe¹⁰ für Personen mit einem Berufsabschluss. Nun lösen diese sich aber vermehrt von der Arbeitswelt und streben eine Profilierung nach akademischen Massstäben an. So verlangt die Konferenz HF – in Angleichung an das amerikanische System – eine Anerkennung als «College» sowie das Recht, «professional Bachelor»-Abschlüsse vergeben zu können. Die Konferenz HF verweist auf die Berufsakademien in Deutschland als Vorbild. Diese entsprechen in wesentlichen Punkten eher den Fachhochschulen. Beispielsweise setzt der Zugang zur Bachelorausbildung an Berufsakademien eine Maturität voraus.

Diese Entwicklungen stellen für die Berufslehre eine Gefahr dar. Die Anschlussmöglichkeiten der Berufslernenden an die Tertiärbildung verschlechtern sich, wenn die FH sich an Gymnasiasten und Fachmittelschulabsolventinnen richten und die HF sich an den Vorgaben für die Hochschulen orientieren. Eine der wesentlichsten Errungenschaften der letzten zwanzig Jahre ist die erhöhte Durchlässigkeit des Bildungssystems für Berufslernende. Diese könnte durch die oben beschriebene Entwicklung verloren gehen, was unvermeidlich zu einer starken Abwertung der Berufslehre führen würde.

Umverteilung zuungunsten der Berufsleute

Die Neuausrichtung der Reformbemühungen und Investitionen auf das Hochschulwesen bzw. auf die Forschung sind der Ausdruck einer übergreifenden gesellschaftlichen Tendenz, die sich auf dem Arbeitsmarkt niederschlägt. Die Lohnentwicklung zeigt, dass sich die Kluft zwischen Berufsleuten und AkademikerInnen vergrössert. Die Produktivität der Wirtschaft hat zwischen den Jahren 2002 und 2010 um 6,1 Prozent zugenommen. Dennoch sanken die Reallöhne der Arbeitnehmenden mit Lehrabschluss um 0,4 Prozent! Im Mittel nahmen die Löhne in der Schweiz hingegen um 3,5 Prozent zu (Medianwert). Sie blieben damit jedoch weit hinter den Produktivitätsfortschritten. Vom Wirtschaftswachstum haben vor allem die oberen Kader mit Uni-Abschluss profitiert, deren Löhne in diesem Zeitraum um fast 14 Prozent gestiegen sind.¹¹

Die Abnahme der Reallöhne gewisser Bevölkerungsschichten ist besorgniserregend. Eine Berufslehre ist nicht mehr wie früher eine Garantie

für materielle Sicherheit. Seit dem Jahr 2000 steigt der Anteil Tieflöhner mit Lehrabschluss. Im Jahr 2010 überschritt dieser Anteil die 10-Prozent-Grenze und lag zwei Prozentpunkte höher als zehn Jahre zuvor. Die Frauen sind davon etwa dreimal häufiger betroffen als die Männer: Im privaten Sektor liegt der Anteil Tieflöhnerinnen mit Lehrabschluss bei 15,7 Prozent.¹² Die Frauen sind somit am stärksten dem Paradox der Bildungsexpansion ausgesetzt: Obwohl sie ihren Rückstand in Ausbildungsabschlüssen aufgeholt haben, erfahren sie auf dem Arbeitsmarkt nicht die angemessene Anerkennung. Mit einem Berufsabschluss arbeiten viele Frauen in Branchen, in denen sie bezüglich der Arbeitszeit und des Lohns benachteiligt sind. Sie sind mehrheitlich im Dienstleistungssektor beschäftigt, insbesondere im Detailhandel, in Privathaushalten, im Sozial- und Gesundheitsbereich und im Coiffeurgewerbe; damit profitieren sie wenig von den Vorteilen einer Dienstleistungsgesellschaft, die den Beschäftigten Sicherheit und Wohlstand hätte bringen sollen.

Diese Beobachtungen zeigen eine langsame Umverteilung des Wohlstands zuungunsten der Berufslernenden. Wenn diese sich nicht mehr ein faires Entgelt und angemessene Lohnentwicklung erhoffen können, ist anzunehmen, dass sich in Zukunft mehr Jugendliche von der Berufslehre abwenden. Diese Entwicklung hin zu allgemeinbildenden Schulen hat bei den Frauen in den letzten Jahren bereits stattgefunden.¹³

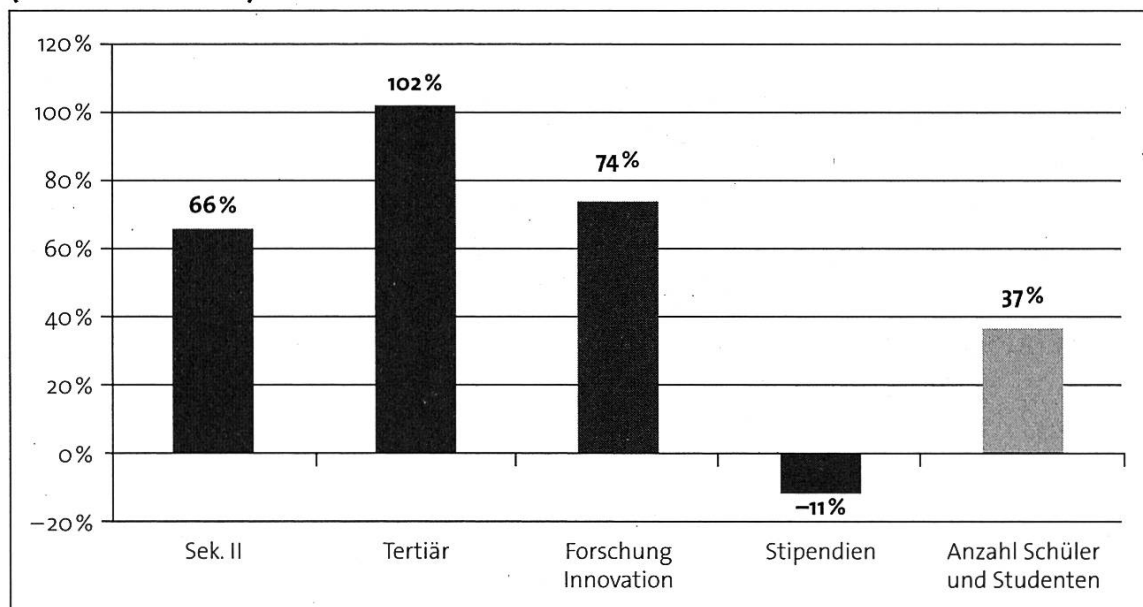
Stipendienwesen als Stiefkind der Bildung

In der Schweiz wird das individuelle Ausbildungsniveau weiterhin durch soziale Vererbung geprägt. Die Aussichten, einen akademischen Titel zu erlangen, sind bedeutend besser, wenn die Eltern bereits Akademiker sind. Das Risiko der Ausbildungslosigkeit ist grösser, wenn das Elternhaus sozioökonomisch schlecht gestellt ist. Trotz ausgebautem Bildungswesen verlassen heute immer noch etwa 10 Prozent der Jugendlichen das Bildungssystem, ohne einen nachobligatorischen Abschluss zu erlangen. Eine Mehrheit davon stammt aus sogenannten benachteiligten Familien. Diese Quote blieb bisher konstant. Gleichzeitig verschiebt sich die Beschäftigungsstruktur tendenziell nach oben, womit sich der Anteil an verfügbaren Arbeitsstellen für unqualifizierte Jugendliche ständig verringert. Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) stellte kürzlich fest, dass das Risiko der Unterqualifizierung der Jugendlichen in der Schweiz wächst, während es im EU-Raum abnimmt.¹⁴

Es gelingt dem Bildungssystem bisher nicht, den Anteil von Personen ohne nachobligatorische Ausbildung zu senken. Gleichzeitig erschwert sich deren Zugang zum Arbeitsmarkt. Trotz diesem Befund steht die Sicherstellung des Zugangs zur Bildung für alle und damit die Schaffung von Chancengerechtigkeit nicht auf der politischen Agenda. Anstatt dafür

Massnahmen zu ergreifen, fliessen immer mehr Mittel in die höhere Ausbildung und in Forschungsprogramme.¹⁵ Das Stipendienwesen, das sich nachweislich auf die Chancengleichheit auswirken könnte, wird vernachlässigt. Dieser Bereich wird von der öffentlichen Hand bisher kaum wahrgenommen (Grafik 1). Obwohl die Anzahl SchülerInnen und Studierenden stark zugenommen hat, sanken die für Stipendien verfügbaren Mittel innerhalb zwanzig Jahren um 11 Prozent (Grafik 2).

Grafik 2: Wachstum der öffentlichen Ausgaben im Bildungsbereich 1990–2009 (ohne Volksschule)



Sekundarstufe II: postobligatorische Bildungsstufe, vor allem Gymnasium und Berufslehre
Tertiärstufe: Hochschulen und Höhere Fachschulen

Quelle: Bundesamt für Statistik und Eidgenössische Finanzverwaltung (eigene Berechnungen)

In der Bildungs-, Sozial- und Arbeitsmarktpolitik sind Stipendien ein wichtiges Instrument zur Bekämpfung der Ausbildungs- und Arbeitslosigkeit sowie der Fachkräfteknappheit. Diese Tatsache wird leider von den Behörden und der Politik kaum wahrgenommen. Das Stipendienwesen ist heute äusserst heterogen und unwirksam. Stipendien sind nicht existenzsichernd. Sie decken nur einen kleinen Teil der Ausbildungskosten. Die individuelle Grundausbildung wird in manchen Kantonen über Sozialhilfeleistungen statt über Stipendien finanziert,¹⁶ was unwürdig ist. Ohne wirksame finanzielle Unterstützung der Lernenden erhöht sich das Risiko eines Abbruchs oder Verzichts auf eine Grundausbildung.

Irreführende Exzellenz

«Für hiesige Unis sollte die Klasse, nicht die Masse das entscheidende Kriterium bleiben. Exzellenz ist zu fördern», kommentiert ein Journalist die

ersten hundert Tage von Bundesrat Schneider-Ammann, dem neuen «Bildungsminister».¹⁷ Die im Grundsatz unbestrittene Idee, Exzellenz zu fördern, kann jedoch nicht einzig darin bestehen, immer mehr Mittel für Hochschulen bzw. Forschung, für eine möglichst kleine Anzahl «hochbegabter» Studierender bzw. Forschender einzusetzen. Ein Land, in dem der Zugang zu Stipendien für ein Studium nicht gewährleistet ist, setzt im Bildungswesen nicht auf Exzellenz, sondern auf eine Elite, deren intellektuelle Leistung überwiegend an der Kaufkraft des Elternhauses gemessen wird.

Eine solche Elitengesellschaft ist kein Zukunftsmodell für die Schweiz. Das Erfolgsrezept baute bis vor wenigen Jahren auf einem eher differenzierten System auf, in welchem die Finanzmittel über alle Bildungsstufen ausgewogener verteilt waren. Auch auf dem Arbeitsmarkt war über die Entlohnung der verschiedenen Berufsgruppen die Verteilung gerechter. Teures Geld in renommierte Forschungsprojekte zu investieren, bringt der Gesellschaft relativ wenig, wenn am unteren Ende der Skala wegen fehlender Investitionen und Ausgleichmechanismen immer mehr junge Arbeitnehmende in den Arbeitsmarkt eintreten, die – mit oder ohne Berufslehre – nur mit erheblichen Schwierigkeiten ihre Existenz werden sichern können.

Die Integrationskraft des Schweizer Bildungssystems ist heute in Gefahr. Es braucht dringend ein Umdenken in der Bildungspolitik. Statt auf Exzellenz im Hochschul- bzw. Forschungswesen zu setzen, wäre man besser beraten, einen gerechteren Zugang zu Bildung zu ermöglichen. Das bedingt auf jeden Fall die Einführung eines flächendeckenden existenzsichernden Stipendienwesens ab der Sekundarstufe II, das die Besonderheiten der beruflichen Grundbildung und der höheren Berufsbildung berücksichtigt. Es bedingt auch ein verstärktes Augenmerk auf die Nahtstelle zwischen obligatorischer Schule und Sekundarstufe II, um zu vermeiden, dass Jugendliche sich disqualifizieren oder gerade nach der obligatorischen Schule durch die Maschen des Bildungssystems fallen. Auf Ebene der obligatorischen Schule ist das System weniger selektiv zu gestalten. In diesem Bereich wäre zum Beispiel die Einführung von gut ausgestatteten Tagesschulen ein wichtiger Beitrag zur Chancengerechtigkeit. Auf dem Arbeitsmarkt sind schliesslich neue Ausgleichsmechanismen einzuführen, um die Löhne zwischen den Berufsgruppen und Bildungsstufen gerechter zu verteilen: Gesetzliche Mindestlöhne, die Stärkung der GAV und ein Deckel für die höchsten Löhne sind nützliche Instrumente, um diese Ziele zu erreichen.¹⁸

Anmerkungen

- 1 BFS, 2012, Bildungsfinanzen, 9 (indexierte Werte).
- 2 BFS, 2012, Öffentliche Finanzierung der Forschung in der Schweiz.
- 3 Medienmitteilung des Staatssekretariats für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI) vom 28.1.2013. www.sbfi.admin.ch/aktuell/medien/00483/00594/index.html?lang=de&msg-id=47580 (Abfrage 15.7.2013).
- 4 Die duale Berufslehre wurde unter anderem im Rahmen der 101. Internationalen Arbeitskonferenz in Genf im Jahr 2012 als ein für die Eingliederung der Jugendlichen im Arbeitsmarkt effizientes System präsentiert. Vgl. Bericht V, 60–61.
- 5 Vgl. Strahm, 2010, 59.
- 6 BBT / EDK 2011 (Zahlen für das Jahr 2010).
- 7 Vgl. ILO, 2013.
- 8 Ab 2000 wurden die Mittel in der Forschung fast verdoppelt (plus 2 Milliarden Franken zwischen den Jahren 2000 und 2010).
- 9 Bundesamt für Statistik, Personal in Vollzeitäquivalent in den Hochschulen, Jahr und Leistungsart (eigene Berechnung).
- 10 Tertiär B bzw. höhere Berufsbildung.
- 11 Vgl. Lampart / Gallusser / Kopp, 2013, 16–17.
- 12 Vgl. Lampart / Gallusser / Kopp, 2013, 22–23.
- 13 Zwischen den Jahren 1998 und 2010 ist die Gymnasialmaturitätsquote der Frauen um 4,4 Prozentpunkte gestiegen (von 19 auf 23,4 Prozent), während die Quote der Männer um 0,4 Prozentpunkte zurückgegangen ist (von 16,8 auf 16,4 Prozent).
- 14 ILO, 2013, 44.
- 15 Der Rückgang der Ausgaben für die höhere Berufsbildung muss relativiert werden, da ein Teil der Höheren Fachschulen heute als Fachhochschulen anerkannt sind.
- 16 Vgl. SKOS, 2011.
- 17 Michael Schoenenberger: Die Berufslehre in die Moderne führen. In: Neue Zürcher Zeitung, 13.4.2013.
- 18 Die Initiative «Für den Schutz fairer Löhne» (Mindestlohn-Initiative) und die Initiative 1:12 sind zwei aktuelle Volksinitiativen, die darauf abzielen, solche Instrumente durchzusetzen.

Literatur

- Bundesamt für Berufsbildung und Technologie (BBT) / Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren, 2011: Masterplan Berufsbildung. Strategische Ziele und benötigte Mittel. Version vom 3.10.2011, aktualisiert im März 2012. Bern
- Bundesamt für Statistik (BFS), 2012: Bildungsfinanzen. Ausgabe 2012. Neuchâtel
- Bundesamt für Statistik (BFS), 2012: Kantonale Stipendien und Darlehen 2011. Neuchâtel
- Bundesamt für Statistik (BFS), 2012: Öffentliche Finanzierung der Forschung in der Schweiz 2000–2010. Neuchâtel
- Bühlmann, Felix / Schmid Botkine, Céline (Hg.), 2012: Sozialbericht 2012: Fokus Generationen. Zürich
- Konferenz der Höheren Fachschulen, 2012: Für die Internationale Positionierung der Höheren Fachschulen – Handlungsbedarf und Chancen. Bern
- Internationale Arbeitskonferenz, 101. Tagung, 2012: Bericht V. Jugendbeschäftigung in der Krise. Zeit zum Handeln. Genf
- International Labor Organisation (ILO), 2013: Global employment trends for youth. Genf
- Lampart, Daniel / Gallusser, David / Kopp, Daniel, 2013: Die finanzielle Lage der Arbeitnehmenden in der Schweiz. Analyse und Handlungsmöglichkeiten. Schweizer Gewerkschaftsbund, Bern

- Müller, Philipp, 2013: Das Recht auf Berufsausbildung zur Bekämpfung der Armut junger Erwachsener: die Antwort des Kantons Waadt. In: Sozialalmanach 2013: Bildung gegen Armut. Luzern, 157–168
- Polito, Véronique, 2013: Hochschulreform – Die Herausforderung annehmen. Positionspapier des Schweizerischen Gewerkschaftsbunds. Bern
- Rieger, Andreas / Pfister, Pascal / Alleva, Vania, 2012: Verkannte Arbeit. Dienstleistungsangestellte in der Schweiz. Zürich
- Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe (SKOS), 2011: Stipendien statt Sozialhilfe. Für eine wirksame Unterstützung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Bern
- Schweizerische Koordinationsstelle für Bildungsforschung (SKBF), 2010: Bildungsbericht Schweiz. Aarau
- Strahm, Rudolf H., 2010: Warum wir so reich sind. Bern (2., erweiterte und aktualisierte Auflage)
- Verband der Schweizer Studierendenschaften (Hg.), 2013: Die Schweiz und ihr(e) Stipendienwesen. Analyse, Kritik und Perspektive aus Sicht der Studierenden. Bern

DAS ARGUMENT

ZEITSCHRIFT FÜR PHILOSOPHIE
UND SOZIALWISSENSCHAFTEN

302 Fronten der Bildungspolitik

ELFRIEDE JELINEK: Ein Durchbruch

NORA RÄTHZEL: Eindrücke von der XVII.

Internationalen Tagung des InkriT

•••

KORNELIA HAUSER: Ortlose Bildung

A. BERNHARD: Humanressourcen und flexibles Subjekt

KARLA WERKENTIN: Eine Ansammlung von Schlagwörtern mit schnellen Verfallszeiten

TH. HÖHNE: Bildungsselektion durch Kompetenzen

G. ZIMMER: Lernen und Lehren im netzbasierten Bildungssystem

EVA BORST: Wir sind alle digitale Alphabeten

KATRIN REIMER: Rassismus und Rechtsextremismus in außerschulischer Bildung

U.A.

Heft 12 €; Abo: 6 Hefte pro Jahr 59 € (ermäßigt 45 €) zzgl. Versand

Abo & Versand · versand-argument@t-online.de
Reichenberger Str. 150 · 10999 Berlin
Tel: +49-(0)30-611-3983 · Fax: -4270

Redaktion DAS ARGUMENT · ARGUMENT VERLAG
Glashüttenstraße 28 · 20357 Hamburg
Tel: +49-(0)40-401800-16 · argument@inkrit.org